Beschluss B - Wir schützen, was uns leben lässt

Gremium:	Landesparteitag
Beschlussdatum:	19.02.2022
Tagesordnungspunkt:	B Wir schützen, was uns leben lässt.

Text

B. Wir schützen, was uns leben lässt.

Das massenhafte Artensterben und die Klimakrise sind die beiden großen globalen Krisen unserer Zeit. Beide Krisen sind geprägt davon, dass Ökosysteme durch menschliches Handeln aus dem Gleichgewicht geraten. Wir Menschen sind ein Teil dieser Ökosysteme und können unser Leben nicht losgelöst von ihnen führen. Geraten die ökologischen Systeme aus dem Gleichgewicht, so sind auch unsere gesellschaftlichen Lebensgrundlagen gefährdet.

Der Einsatz für unsere Lebensgrundlagen ist für uns der Kern GRÜNER Politik. Er schlägt sich in unserem gesamten Handeln nieder, besonders aber im Bereich des Klimaschutzes und der Erhaltung der natürlichen Vielfalt von Arten und ihren Lebensräumen.

Daher werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um sie zu schützen. Dazu gehört der Schutz der heimischen Ökosysteme genauso wie der Schutz des Klimas und die Anpassung unserer Lebenswelt an die Folgen der Klimakrise. Mit unserer Erfahrung und unserem Gestaltungswillen möchten wir unsere Lebensgrundlagen für uns und unsere Nachkommen schützen. Die notwendigen Anpassungen unseres Handelns und Lebens müssen dabei sozial gerecht erfolgen.

Eine nachhaltige Entwicklung, im ökonomischen, ökologischen und sozialen Sinne, ist der Kern GRÜNER Politik. Wir wollen Klimaschutzvorreiter unter den Bundesländern werden. Eine Leitlinie stellen für uns die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, Sustainable Development Goals (SDGs), dar. Sie bestehen aus 17 politischen Zielvorgaben, die dabei helfen sollen, den globalen Herausforderungen zu begegnen. Die SDGs gelten für alle Staaten - unabhängig von ihrem Entwicklungsstand.

Wir haben für Beschlüsse der Landesregierung einem Nachhaltigkeitscheck auf Basis der SDGs beschlossen. Diesen werden wir konsequent umsetzen und auf Initiativen des Landesparlamentes ausweiten. Deshalb wollen wir beim Landtag einen Nachhaltigkeits-Rat als wissenschaftliches Expert*innengremium für nachhaltige Entwicklung etablieren. Dieser soll das zentrale landespolitische Beratungsgremium sein, welches themenübergreifend den Fortschritt bei der Umsetzung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele (SDGs) beobachtet, Informationen bündelt und transparent macht sowie Vorschläge unterbreitet, wie die Ziele erreicht werden können falls das Land bei der Zielerreichung im Verzug ist. Er soll dem Landtag regelmäßig Bericht erstatten. Wir wollen, dass der Bericht jeweils Anlass für eine politische Debatte im Landtag ist.